

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 23. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Abgabe des Anzeigers für das Erzgebirge...  
Preis pro Quartal 3.00 Mk.  
Preis pro Halbjahr 5.50 Mk.  
Preis pro Jahr 10.00 Mk.  
Einzelhefte 10 Pf.

Nr. 238

Freitag, den 11. Oktober 1918

13. Jahrgang

### Die deutsche Antwort an Wilson unmittelbar bevorstehend.

Die Beratungen in Berlin. — Zusammentritt des Reichstags. — Rücktritt der Oesterreichischen Regierung in Sicht. — Kein Abfall der Türkei. — Königswahl in Finnland. — Begrüßung des Bulgarenkönigs in Koburg. — Neue Kämpfe in Mazedonien. — 773 feindliche Flugzeuge im September abgeschossen.

#### Zu Wilsons Antwort.

Unermutet rasch und unermutet einseitig ist die vorläufige Antwortnote des Präsidenten Wilson in Berlin eingetroffen. Sie ist im Ton sachlich, sie enthält keinerlei Schulmeisterreden und kein unmotiviertes, von vielen beklagtes Sich-Ausblähen als Sieger. Der neue Geist, der aus unserer Anfrage sprach, und von einem neuen Deutschland zeugte, ist auch von Wilson herausgehört worden. Er anerkennt es und bringt nur seine Zweifel zum Ausdruck, ob dieser Geist nun auch der wirklich ausschlaggebende und an der Herrschaft bleibende in Deutschland sein werde. Um aber so ausdrücklich und gradförmig antworten zu können, wie es sein Wunsch und Wille sei, bedürfte er eines Beweises von Seiten der Mittelmächte, der auch ihrerseits die Aufrichtigkeit ihrer Stellung verbürgte, ehe er den Vorschlag eines Waffenstillstandes den mit ihm verbündeten Mächten unterbreiten könne. Einen solchen Beweis sieht der Präsident in der Zustimmung der Mittelmächte, ihre Truppen überall aus den von ihnen besetzten feindlichen Gebieten zurückzuziehen. Das heißt für Deutschland die Räumung von Belgien und Nordfrankreich.

Man kann nicht sagen, daß diese Forderung unermutet gekommen sei. Wer Wilsons Vorschläge und Bedenken kannte, und wer sich pflichtmäßig mit den Bedenkenängsten vertraut gemacht hatte, denen der Präsident folgte, seit er sich offiziell der Entente anschloß, der mußte auf diese Bedingung gefaßt sein. Sie blühte denn auch in politischen Kreisen seit unserem Friedensangebot das Tagesgespräch und wurde auf leidenschaftlichste bezüglich ihrer Möglichkeit oder Unmöglichkeit diskutiert. Ganz gewiß sind diese Bedingungen nicht leichten Herzens anzunehmen und ebenso gewiß werden mannigfache Widerstände in unserer aller Gemütern dagegen aufzutauchen. Aber bei einem solch weittragenden Schritt, wie es Annahme oder Ablehnung der Wilsonschen Vorschläge ist, darf man sich von allem leiten lassen, nur nicht vom Gefühl. Hier steht mehr auf dem Spiel als Liebhaberei oder Prestige. Hier handelt es sich um die nationale Existenz, und um Krieg oder Frieden!

Zu allererst sei daran erinnert, daß die Friedensnote der neuen Regierung nicht nur unter wiederholter ausdrücklicher Zustimmung der Obersten Heeresleitung in die Welt gegangen ist, sondern daß das Hauptquartier in hervorragendem Maße an der Bestimmung des Zeitpunktes und der Begründung des Schrittes überhaupthet beteiligt gewesen ist. Bei den entscheidenden Stellen kann sich also keineswegs Meinungsverschiedenheit herausbilden, sie werden lediglich darüber zu befinden haben, ob die Bedingung Wilsons, die, wie gesagt, nicht so ganz unerwartet kam, annehmbar sei oder nicht. Bei dieser Überlegung werden sie eines in allererster Linie zu berücksichtigen haben, daß nämlich die Räumung nur solche Gebiete betrifft, die ganz oder teilweise zu behalten niemals in der Absicht der deutschen Regierung gelegen hat. Wir würden also nichts preisgeben, was uns gehört oder was wir uns aneignen möchten, sondern der Zustand würde, allerdings früher, als die meisten es angenommen hatten, hergestellt werden, der nach dem Frieden unserer Absicht nach bestimmt eintreten sollte. Es kann sich also nur um militärische Erwägungen handeln, und die wiederum scheitern ihrerseits hinsichtlich, da ja in dem Augenblick, wo wir unsere Bereitwilligkeit zur Räumung erklären, der Waffenstillstand eintreten würde. Daran aber wird wohl niemand zweifeln, daß nach einem Waffenstillstand eine Wiederaufnahme des Kampfes auf beiden Seiten unmöglich ist. Den einzigen auf den ersten Anblick allerdings sehr groß erscheinenden Nachteil, den wir also bei Räumung vor Friedensschluß uns zuziehen, wäre der, daß wir danach keine Hauptstädte mehr in der Hand hätten, die wir gegen die Rückgabe unserer Kolonien austauschen könnten.

Ebenso wie wir hat auch der Präsident Wilson seine Botschaft an den Kongress vom 8. Januar als Grundlage der Diskussion anerkannt, die nach dem Waffenstillstand einzusetzen hätte. Punkt 5 dieser Botschaft nun lautet: „Es sollte eine freie, weltweite und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialer Ansprüche herbeigeführt werden, die auf einer strikten Beobachtung des Grundgesetzes fußt, daß

bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebenbürtiges Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen.“ Es ist keine Frage, daß Deutschland bei Zugrundelegung dieses Programms zum mindesten den Umfang seines bisherigen Kolonialreiches wieder herzustellen vermöchte, auch ohne daß ihm zu diesem Zweck Hauptstädte zur Verfügung ständen. Wenn dem so ist, und wenn man die Wilsonschen Programmpunkte als Grundlage für die kommende Unterhaltung bezeichnen darf, so würde auch dieser schwerwiegende Grund gegen eine Räumung wegfallen.

Was bleibt und laut und brennend dagegen spricht sind Gefühle, berechtigter, verständlicher, wohl zu beachtende Gefühle, die aber in jedem Vaterlandsfreunde schweigen müssen, wenn die Umstände anders entscheiden und wenn die Regierung im Einvernehmen mit der Heeresleitung zu abweichenden Entschlüssen kommt. Diese Entschlüsse, die in einer neuen Note der deutschen Regierung an Wilson niedergelegt wäre, kann nicht lange auf sich warten lassen. Inzwischen gilt es, die Kaltblütigkeit zu bewahren, von der allein Wirkung erwartet werden kann, und die dem deutschen Volke die Kraft verleiht, sei es den Endkampf zu wagen oder, was wahrscheinlicher ist, die Arbeit zur Friedensvorbereitung in vollem Umfange aufzunehmen.

#### Die deutsche Antwort an Wilson.

Beratungen in Berlin.

Obwohl bereits am Mittwoch mit der Beratung der Antwort an Wilson begonnen wurde, wird es kaum vor heute möglich sein, sie zu formulieren. Der authentische Text der Wilsonschen Note hat Mittwochabend bei den Beratungen der Regierung noch nicht vorgelegen. Er ist erst später eingetroffen. Er deckt sich übrigens mit dem schon vorher aus Holland übermittelten Text. Die eigentlichen Beratungen über die Formulierung der Antwort an Wilson haben gestern Vormittag begonnen und werden vermutlich zwei Tage in Anspruch nehmen. Der Reichstag wird voraussichtlich erst nächste Woche eine Vollversammlung abhalten.

#### Zur inneren Lage.

Eine Entschließung der Konservativen Partei.

Der weitere Vorstand der Deutsch-Konservativen Partei hielt am Mittwoch im Herrenhause zu Berlin eine aus allen deutschen Bundesstaaten und allen preussischen Provinzen besuchte Versammlung ab, die der Besprechung der politischen Lage gewidmet war. Es gelangte einstimmig die nachfolgende Entschließung zur Annahme:

Deutsche Männer und Frauen!

Das Vaterland ist in Gefahr! Mit unerhörter Wucht stürmt feindliche Uebermacht gegen unsere Mauern im Westen.

Was unseren Vätern und uns heilig und teuer gewesen ist, steht auf dem Spiele: Kreuzen, der Staat Friedrichs des Großen, für den unsere Väter in den Befreiungskriegen gekämpft haben, das Werk der Hohenzollern, das neue Deutschland Wilhelm des Ersten und Bismarcks mit allen seinen Bundesstaaten.

Das alles kann und darf nicht untergehen!

Wenn Präsident Wilson für den Eintritt in Friedensverhandlungen oder bei ihnen Bedingungen stellt, deren Annahme Deutschlands Ehre und Unberührtheit, unser nationales Dasein und die wirtschaftliche Zukunft aller Volksteile vernichten würde, dann muß das deutsche Volk mit Einsatz seiner äußersten Kraft den Kampf fortsetzen, bis ein ehrenvoller Friede errungen sein wird.

Diesem Ziele, diesem einen Gedanken alles unterzuordnen, ist unsere erste und dringendste Pflicht. Deshalb wollen und müssen wir, dem Aufrufe unseres Kaisers folgend, unser Bestes einsetzen, jeden Muskel, jeden Nerv anspannen und in alle Volksteile das Bewußtsein tragen, daß es jetzt um unser höchstes Gut, den Untergang an ist unsere Partei für die starke Wehr des Vaterlandes eingetreten. Auch in diesem

furchtbaren Kriege steht sie voll unerschütterlichen Vertrauens hinter unserem tapferen Heere, fest entschlossen, alles zu tun, was dessen Widerstandskraft stärken kann. Hierzu gehört, daß wir in der Heimat weiter jedes Opfer willig tragen, daß wir alles zurückstellen, was uns daheim menschlich oder wirtschaftlich trennen könnte.

So schwer auch die Bedenken gegenüber der neuen Steuerung unserer innerpolitischen Zustände sein mögen, sie müssen zurücktreten, so lange es gilt, daß das deutsche Volk wie ein Mann im entscheidenden Kampfe zusammensteht.

Nichts anderes gibt es jetzt, als den Kopf oben behalten, nicht kleinmütig werden, nicht zweifeln an unserer gewaltigen deutschen Kraft. Jetzt heißt es, dem Helfer im Himmel vertrauen, der unser Volk auch in diesem Kriege bisher stützlich beschützt hat, und der, wie wir zuversichtlich hoffen, nicht zulassen wird, daß die unendlichen Opfer für die Wahrung unseres Daseins und unserer nationalen Ehre umsonst gebracht worden seien.

Für diese unsere heiligen Güter wollen wir weiterkämpfen, wenn es sein muß, bis zum letzten Mann. Gott schütze Deutschland!

Ein hervorragender konservativer Historiker schreibt in der „Tägl. Rundschau“: „Niemand soll von uns gesagt werden, daß wir die Partei über das Vaterland stellen. Das Wort, in dem die Marke sein wollen und Wirken zusammengefaßt hat, sein „Im Dienste des Vaterlandes reißt mich auf“, soll auch für uns in Geltung bleiben. So wollen auch wir im Leben und Sterben mit allen unseren Kräften dem Vaterlande anhängen. Um feinstenwillen wollen wir denen, die mitten im Sturm das Ruder des Staates ergriffen haben, nicht in den Weg treten; wir wollen ihnen vielmehr die ungeduldrige Last der Verantwortung, die sie auf sich nehmen, tragen helfen. Nichts mehr von Klage oder Unflage! Viel zu kostbar ist die Zeit. Wir alle sind Schicksalsgenossen, von der gleichen Not zusammengeschnitten wie mit eisernen Ketten.“

Parlamentarier als Unterstaatssekretäre.

Die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Die Entsendung weiterer Parlamentarier als Unterstaatssekretäre in die Regierung, die als sicher angenommen werden darf, wird erst nach einiger Zeit erfolgen, da kein Grund vorliegt, diesen weiteren Ausbau der neuen Regierung und des neuen Systems zu überstürzen. Das der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David für das Auswärtige Amt und der fortschrittliche Abgeordnete Konrad Haubmann für die Reichskasse in Aussicht genommen ist, ist nach unserer Information richtig, doch können sich wohl bis zur endgültigen Regelung noch Änderungen ergeben.“

Der Rücktritt des Chefs des kaiserlichen Stabkabinetts, v. Berg, bestätigt sich.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts, v. Waldow, hat, wie bereits mitgeteilt, sein Abschiedsgesuch eingereicht. Als sein voraussichtlicher Nachfolger wird von einer Seite der nationalliberalen Professor Dr. Leibig, von anderer Seite der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, genannt. Wie wir hören, entscheiden diese Vermutungen der sachlichen Grundlage, da die Möglichkeit besteht, daß Herr v. Waldow in seinem Amte verbleibt. So viel steht jedenfalls fest, daß das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs bisher nicht angenommen worden ist.

Rücktritt kommandierender Generäle.

Im Zusammenhang mit der angekündigten Rabinetsorder über den Belagerungszustand verlautet, daß die kommandierenden Generale v. Wistinghoff-Scheel (Stettin) und von Wahl (Winnitz) von ihren Stellen zurücktreten.

#### Königswahl in Finnland.

Prinz Friedrich Karl von Hessen zum König gewählt. Aus Helsingfors wird vom Mittwoch gemeldet: Nach einer geheimen Sitzung, die von 1 Uhr mittags mit kurzer Unterbrechung bis 5 Uhr abends dauerte, schritt der Landtag auf Grund des § 28 des